

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 7

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kommentar

Unverhältnismässig in der Schweiz

In letzter Zeit ist es einige Male vorgekommen, dass Polizisten von ihrer Waffe Gebrauch gemacht haben. Wie auf Bestellung erschienen darauf in zahlreichen Zeitungen Kolumnen und Leserbriefe, in denen dieser Waffengebrauch als «unverhältnismässig» angeprangert wurde. Ob die Flucht vor einer Polizeikontrolle «verhältnismässig» sei, wurde nicht gefragt. Die Grundtendenz wollte «Schutz vor den Staatsschützern».

Wohlverstanden, das waren nicht redaktionelle Äusserungen, das waren Losungen, die von aussen in die Zeitungen gebracht wurden. Wenn dann aber von den Zeitungsredaktionen Leserbriefe, die Verständnis für das Handeln der Polizei zeigten, zensiert oder gar völlig refüsiert werden — und dafür habe ich Beweise —, dann identifizieren sie sich mit den Bestrebungen, die auf Lähmung unserer Ordnungsorgane abzielen. Dazu gehört nicht nur die unverhältnismässige Agitation gegen das Auftreten der Polizei in Fällen offener Provokation, wie Flucht, Verkehrsbehinderungen oder Sachbeschädigungen durch sogenannte Demonstrationen, dazu gehörte und gehört die Agitation gegen alles, was die Fähigkeit der Polizei zur Verbrechensbekämpfung verbessern sollte, wie Busipo, KIS und neue strafgesetzliche Bestimmungen.

Ein Ergebnis dieser seit Jahren laufenden Manöver gegen die Ordnungsorgane war, dass das Niederschiessen von zwei schweizerischen Grenzwachtern durch deutsche Terroristen kommentarlos hingenommen worden ist, dass in allen Medien über die «unmenschlichen» Haftbedingungen der Rechtsbrecher geklagt wurde, dass wir aber nie erfahren haben, wie es den im Dienste des Landes Niedergeschossenen ging und ob sie wiederhergestellt worden sind. Ein anderes Ergebnis ist nun, dass sich Redaktionen auf die Seite der Agitatoren gegen Recht und Ordnung stellen und damit zur Manipulation des öffentlichen Bewusstseins beitragen. **MK**

1,5 Millionen in Afghanistan

In einem Interview für den «Spiegel» (31. 3. 1980) sagte der sowjetisch eingesetzte afghanische Präsident Babrak Karmal über seinen sowjetisch erst unterstützten und dann gestürzten Vorgänger Hafisullah Amin:

«Amin hat durch seine verräterische Verschwörung und seine faschistischen Methoden mehr als eine Million, 1,5 Millionen Menschen, erbarungslos durch Massenmord vernichtet.»

Anschliessend bestätigt Karmal auf eine Frage, es seien «sehr viele» Dörfer bombardiert und ihre Einwohner ausgerottet worden.

Und in jenem Interview wie auch sonst betont Karmal, dass es sich bei Amin um einen Agenten der CIA gehandelt habe, was ja auch die heutige sowjetische Version ist.

Abgesehen davon, dass Karmal diesen Feindagenten und Massenmörder als Botschafter in Prag nach aussen repräsentiert hat, und abgesehen davon, dass Moskau jenen gleichen Amin immer als Repräsentanten der unterstützungswürdigen «Aprilrevolution» (von 1978) gelten gelassen hat:

Was waren denn die Instrumente bei den Massakern aus der Luft? Die sowjetische Luftwaffe mit ihren MiGs und Helikoptern. (Sie war übrigens auch zur Zeit des jetzt rehabilitierten Taraki, den Amin als Verräter an der Aprilrevolution hinrichten liess, auf gleiche Weise tätig.) Haben also die Sowjets einen CIA-Agenten militärisch unterstützt?

Die Armeoperationen im Afghanistan des Hafisullah Amin leitete mit seinem sowjetischen Beraterstab der KGB-General Wassilij Safrontschuk

im Auftrag des sowjetischen Generalstabschefs Jepischew. Die gesamte militärische Ausrüstung war ohnehin sowjetisch.

Nicht einmal Karmal behauptet, dass damals etwa amerikanische Berater in Afghanistan tätig gewesen seien, nicht einmal Karmal leugnet die Kontinuität der sowjetischen Unterstützung für die «Aprilrevolution». Aber er «vergisst» diese Massgeblichkeit bei seiner doppelten Anprangerung von Amin als Massenmörder und CIA-Agenten.

Nach der Ermordung des Mörders (Amins vier Frauen und seine zwanzig Kinder wurden vom KGB-Sonderkommando mit erschossen) hat die Sowjetunion ihre militärische Aktion noch weiter intensiviert: Napalmbomben und Giftgas sind bei der «Rebellenbekämpfung» (lies Ausrottung der Dorfbewohner) hinzugekommen. Die Weltöffentlichkeit schweigt. Vielleicht in Erwartung, dass bald auch Karmal gestürzt und dann als «US-Agent» entlarvt wird, verantwortlich für das jetzige Genozid.

Man würde vermutlich auch das hinnehmen. Um des Friedens willen. Und Afghanistan wird zum Hof des Friedens. **ddm**

Unsere Meinung

Die Hüter als Komplizen

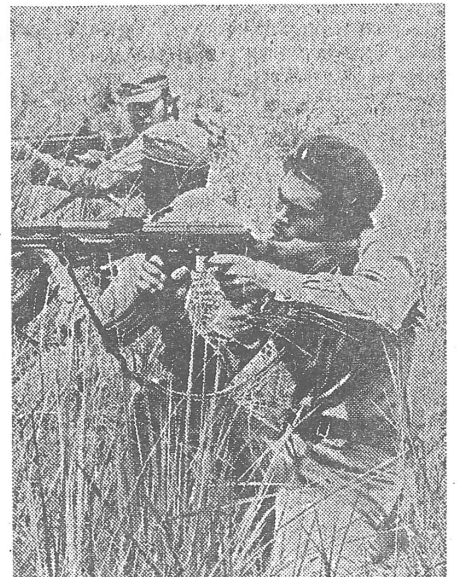
Die Menschenrechtskommission der UNO hat nach ihrer fünftägigen Sitzung von Anfang März in Genf eine Liste von 9 (ja: neun) Ländern publiziert, in denen die Menschenrechte permanent verletzt würden. Es handelt sich um Argentinien, Aethiopien, Bolivien, Indonesien, Paraguay, Südkorea, Uganda, Uruguay und die Zentralafrikanische Republik.

Weil man die Menschenrechtsbehandlung in Nordkorea doch nicht so nachlässig betreibt wie in Südkorea. Weil sich in Vietnam, Laos und Kambodscha doch unverhältnismässig weniger Menschen beklagen können als in Indonesien. Weil man in Kuba die Andersdenkenden doch soviel sorgfältiger umhegt als in Uruguay. Weil man in Angola doch nicht so lasch mit regierungsfeindlichen Elementen umgeht wie in Uganda seit dem Sturze Idi Amins. Und weil Afghanistan hier ohnehin nichts zu suchen hat: Nach jedem Giftgaseinsatz erledigt sich dort die Frage nach den Menschenrechtsverletzungen.

Aber vielleicht ist das nicht die richtige Betrachtung. Vielleicht sollte man sich eher über die für UNO-Verhältnisse bemerkenswerte Ausgewogenheit wundern. Denn unter den neun Ländern ist mit Aethiopien ja wahrhaftig auch ein kommunistisch regiertes Land zu finden. Womit eine Selektivität nach ideologischen Kriterien doch wohl «widerlegt» ist, wenn es nach dem Sinn der offiziellen Menschenrechtshüter geht. Oder man sollte sich über eine Lücke in der Gesetzenliste

wundern: Israel fehlt nämlich darauf. Doch wollte man mit dieser Diskretion ja wohl allen allfälligen Fragen nach den Menschenrechtsverhältnissen in arabischen oder sonstigen mohammedanischen Ländern vorgebeugt haben.

Aber lassen wir die Sarkasmen: Es ist unmöglich, dass die Kommission über andere, und zum Teil wirklich ganz andere Menschenrechtsverletzungen von systematischer Permanenz nicht orientiert ist. Und wenn sie orientiert ist, dann bedeutet ihre Nichterwähnung von Ländern mit der grausamsten Menschenrechtsmissachtung (auch wenn sie die Massenmorde «nur» exportieren wie die Sowjetunion) schlicht und einfach Komplizenschaft. **cb**



Kubaner in Angola. Für die Macht der Menschenrechtsverweigerer.

Korb für Korb 3

In der KSZE-Schlusserklärung haben sich die Signatarstaaten im sogenannten «Korb 3» verpflichtet, den freien Informationsaustausch in ihren Ländern zu erleichtern.

Wie man sich in sozialistischen Staaten schon ganz offiziell um Verwirklichung bemüht, zeigt sich zum Beispiel in der Liste bulgarischer Import- und Exportverbote, wie sie in Sofia vom Amtsblatt «Drschaven Vestnik» (21. 3. 1980) veröffentlicht worden ist. Die Auskunft findet sich im Anhang zur Verordnung Nr. 1 des Finanzministeriums über Zollkontrolle (S. 251 ff. — für den Fall, dass die schweizerische KSZE-Delegation recherchieren möchte). Da also heisst es unter anderem:

1. Gegenstände, deren Ein- und Ausfuhr verboten ist

(...)

3. Gegenstände mit unsittlichem Inhalt.

4. Für die sozialistischen Staaten in politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Hinsicht schädliche Druckerzeugnisse, Klischees, Negative, Foto- und Filmstreifen, Filme, Aufnahmen, Bilder, Zeichnungen, Skizzen, Manuskripte, Schallplatten, Tonbandaufzeichnungen u. a.

(...)

Wie gesagt, das ist offizielle Lesart. Nichts von westlichen Unterstellungen oder von unüberprüfbar behauptungen östlicher Dissidenten. Sondern ein amtlicher Text. Und eine amtlich beglaubigte Unvereinbarkeit mit den KSZE-Beschlüssen. Man braucht sie bei der KSZE-Nachfolgekonferenz dieses Herbstes in Madrid bloss zu zitieren. ■

Polizei fand Druckerei

Die sowjetischen Behörden haben eine dritte Untergrunddruckerei entdeckt, die von nicht-registrierten Baptisten betrieben wurde, diesmal in der Ukraine.

Ende letzten Jahres hatte uns Peter Vins von den Untergrunddruckereien berichtet, die in der UdSSR namentlich von den Evangelischen Christen-Baptisten (EChB) benutzt werden, um religiöse Literatur zu verbreiten (siehe ZB, Nr. 26/1979). Die politische Opposition verfügt noch nicht über solche technische Einrichtungen.

Wie Viktor Kapitanschuk, ein Mitglied des «Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen», mitgeteilt hat, konnte die Polizei am 19. 1. 1980 bei einer Razzia im ukrainischen Dorf Starij Kadaki eine Druckerei des religiösen Untergrundverlages «Christianin» ausheben. Sie beschlagnahmte alle Einrichtungen und nahm vier Personen fest: Ljubow Kossatschewitsch (Jahrgang 1952), Galina Judinzewa (1948), Tamara Bystrowa (1949) und Sergej Bublik (1957).

Zuvor waren — ebenfalls vor allem in der Ukraine — etliche Repräsentanten der nichtregistrierten Baptisten eingesperrt worden; anscheinend geht die Verhaftungswelle weiter.

Die Aktion in Starij Kadaki ist der dritte Schlag gegen den Verlag «Christianin». Die Polizei hatte

1974 in Lettland die erste Druckerpresse beschlagnahmt und sieben Personen verhaftet. Die zweite Untergrunddruckerei wurde im März 1977 in Iwgorod bei Leningrad entdeckt; man nahm bei jener Gelegenheit 34 Personen fest. Die meisten Verhafteten erhielten später Strafen von vier Jahren Freiheitsentzug.

*

Wie der heute im Westen lebende Baptistensprecher Georgij Vins (der Vater von Peter Vins) mitteilt, hat die Polizei im Verlaufe ihrer jetzigen Aktionen bei verschiedenen Hausdurchsuchungen auch Vervielfältigungseinrichtungen und Fotokopierpapier beschlagnahmt. Trotzdem ergibt sich aus den neuesten Informationen, dass der Untergrundverlag «Christianin» weiter arbeitet (auch ungeachtet der Festnahme mehrerer seiner Mitarbeiter). Offenbar hat eine andere versteckte Druckerei den Betrieb aufgenommen. ■

Glaubensstützen unserer Oekumene

Erzbischof Pitirim, Leiter der Verlagsabteilung im Moskauer Patriarchat, äusserte sich in einer Erklärung für die ausländische Presse unter anderem zur Verhaftung seines ehemaligen Studienkollegen, des orthodoxen Priesters Dimitrij Dudko. Pitirim sagte: «Wir beten für ihn. Doch Vater Dudko ist ein nervöser und unausgeglichener Mensch; das kann leicht zu Verletzungen des Gesetzes führen, und darauf reagieren alle Staaten der Welt.»

Dudko hatte seinen Glauben propagiert, unter anderem bei der Jugend. Das ist freilich in der UdSSR verboten. Was von Erzbischof Pitirim gebilligt wird. Er hatte schon vor einigen Jahren erklärt, die russisch-orthodoxe Kirche befasse sich deshalb nicht mit religiöser Unterweisung von Minderjährigen, weil das «Elemente einer geistigen und moralischen Vergewaltigung des Gewissens in sich birgt».

Zur Verbannung Sacharows nach Gorki erklärte der Erzbischof bei gleicher Gelegenheit: «Sacharow hat dadurch gefehlt, dass er sich selbst in eine Konfliktsituation gebracht hat. Ich bedauere persönlich die von ihm eingenommene Position.» Dieses Bedauern teilt Pitirim mit dem Staatssicherheitsdienst.

*

Seinerseits hat Metropolit Alexij von Tallinn der österreichischen Agentur Kathpress versichert, es gebe in der UdSSR keine Repression aus religiösen Gründen, denn nach sowjetischem Gesetz könne kein Sowjetbürger wegen seiner religiösen Ueberzeugung oder seiner ideologischen Einstellung belangt werden.

Was übrigens stimmt. Belangt werden kann man erst, wenn man seine religiöse Ueberzeugung oder seine ideologische Einstellung auch sichtbar werden lässt.

Der Metropolit nahm in Salzburg an einer Sitzung der Konferenz Europäischer Kirchen teil, der er als Präsident vorsteht.

*

Schliesslich hat Metropolit Filaret von Kiew, Exarch der Ukraine, als Kommissionspräsident der Christlichen Friedenskonferenz die sowjetische Hilfeleistung an Afghanistan begrüsst. ■

Sacharow zum Antiamerikanismus

In seiner Exilstadt Gorki, die für Ausländer gesperrt ist, kann Andrej Sacharow keine westlichen Korrespondenten empfangen (und von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR hat man ihn praktisch ausgeschlossen, weil man ihn zu ihren Sitzungen nicht mehr einlädt), aber vorderhand gelangen immer noch schriftliche Aeusserungen über sein Land und die Welt zu uns. So hat Sacharow auf Fragen der «Washington Post» antworten können. Eine Stelle aus jenem Text geht ganz besonders die westeuropäische Öffentlichkeit an.

«Heute ist es in der Welt zu einer kritischen Lage gekommen, die nicht nur den USA eine besondere Verantwortung auferlegt, sondern allen Ländern des Westens. Manchmal unterstützen die europäischen Länder die amerikanischen Bestrebungen zum gemeinsamen Widerstand gegen den Totalitarismus nicht. Sie nehmen dann ihre politische Unabhängigkeit von den USA zum Vorwand oder verfolgen gesonderte wirtschaftliche und politische Interessen. Häufig reden sie in solchen Fällen von ihrem Wunsch, die Entspannung retten zu wollen. Tatsächlich aber fügen Erscheinungen antiamerikanischer Voreingenommenheit und politische Intrigen, die im Moment vorteilhaft erscheinen mögen, auf die Dauer den Interessen sowohl des betreffenden Landes als auch der ganzen Welt grossen Schaden zu.» ■

«Zu Beginn meiner diplomatischen Laufbahn (in der Sowjetunion) hielt ich den Abrüstungswillen der UdSSR für echt. Aber dann musste ich statt dessen feststellen, dass die Sowjetunion eine Aufrüstung betreibt, die seit der Aufrüstung Hitlerdeutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg nicht ihresgleichen hat.

Je länger ich im diplomatischen Dienst arbeitete und je höher ich befördert wurde,

Zitiert...

desto deutlicher begriff ich Doppelzüngigkeit und Betrug der sowjetischen Aussenpolitik. Immer stärker wurde meine Ueberzeugung: Das ist keine Politik des Friedens, sondern eine Politik der Aggression, der Expansion und der Unterwerfung anderer Völker.»

Der seinerzeitige Stellvertretende UNO-Generalsekretär Arkadij Schewtschenko, der im April 1978 seinen sowjetischen Dienst quittierte und in den USA blieb, am 25. 1. 1980 vor einer parlamentarischen Unterkommission für Spionagefragen in Washington. Zitiert in «Russkaja Mysl», Paris, 6. 3. 1980.

Moskau: «Zum erstenmal in wahrer Gleichheit»

«Es ist allgemein anerkannt, dass die Moskauer Olympiade eine qualitativ neue Phase in der olympischen Bewegung einleiten wird. Die Olympischen Spiele werden zum erstenmal in einem Land veranstaltet, dessen gesamte Innen- und Aussenpolitik an den olympischen Idealen, Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern, orientiert ist und wo zum erstenmal in der Geschichte wahre Gleichheit und Brüderlichkeit zwischen allen Menschen herrschen. Die Weltöffentlichkeit blickt auf Moskau...»

(Aus der sowjetischen Zeitschrift «Moskauer Olympiade», Heft 17, unter der Überschrift: «Moskauer Olympiade: im Geist von Helsinki.»)

In Kürze

Erneut eingesperrt ist in der Sowjetunion die Bürgerrechtlerin Malva Landa, die der Moskauer Helsinki-Gruppe angehört. Die 60jährige Geologin ist am 7. März in Wladimir (120 km östlich von Moskau) verhaftet worden. Sie ist Verfasserin zahlreicher Samisdat-Schriften und war Verwalterin des sogenannten Solschenizyn-Fonds für politische Gefangene und ihre Angehörigen.

Zu den Bürgerrechtsgruppen in der Sowjetunion gehört auch die «Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Anwendung der Psychiatrie zu politischen Zwecken». Ihr Gründer ist der Physiker Alexander Podrabinek (Jahrgang 1952), der nach Verbüßung einer Lagerhaft als Verbannter in Jakutien lebt. Weil er dort seine Recherchen über den Missbrauch der Psychiatrie weitergeführt hat, ist ihm der Arbeitsplatz gekündigt und ein

Strafverfahren in Aussicht gestellt worden. Für seine Wiedergewöhnung an die Lagerkälte sorgte die Polizei im voraus: als sie bei ihm nach seinen Unterlagen fahndete, zerschlug sie ihm gleich auch den Ofen in seinem Zimmer.

Die Berufswahl in der DDR wird «schwieriger», wie die Erfurter Zeitung «Das Volk» (17. 3. 1980) feststellt.

Es gibt eine Reihe sehr begehrter Berufe unterschiedlicher Art. Die jungen Leute möchten zum Beispiel gerne Automechaniker, Coiffeuse, Tramführer oder — als Akademikerbeispiel — auch Arzt werden, erhalten aber gerade für diese Berufe nur noch selten eine Ausbildungsmöglichkeit. Das Lehrstellenangebot habe sich verändert, denn die weitere Entwicklung des Sozialismus hänge vom Ausbau der materiell-technischen Basis ab. Der Spielraum des einzelnen werde sich «immer zwischen Grenzen bewegen müssen, die uns gesellschaftliche Notwendigkeiten setzen».

Soweit plausibel genug. Nur hört man im Westen immer wieder, es sei das «Profitinteresse unserer Gesellschaft», das eine wirklich freie Berufswahl unmöglich mache. Da müsste es in der nicht-unsrigen Gesellschaft ja anders sein.

In Ungarn verdienen 50 Prozent der arbeitenden Frauen, aber nur 14 Prozent der arbeitenden Männer weniger als 3000 Forint (Kaufkraft etwa 500 Franken) im Monat. Umgekehrt besteht die Kategorie der höchsten Lohnbezüge zu 80 Prozent aus Männern und zu 20 Prozent aus Frauen («Szolnok Megyei Neplap», Budapest, 2. 3. 1980).

In Budapest hat die Nationalversammlung im März ein Gesetz über die friedliche Verwendung von Atomenergie angenommen. Ungarn ist nach Rumänien 1974 das zweite Land im Warschauer Pakt, das diesen Schritt tut.

Das erste ungarische Kernkraftwerk entsteht bei Paks an der Donau; die erste Einheit mit einer Kapazität von 440 Megawatt soll 1981 ihren Betrieb aufnehmen. Die Reaktoren kommen aus der CSSR, die übrigen Einrichtungen aus der Sowjetunion. Die UdSSR übernimmt teilweise die Lagerung radioaktiver Abfälle. Das Gesetz anerkennt u. a. eine staatliche Entschädigungspflicht für atomverursachte Schäden.

Vor dem Parlament wiesen zwei ministeriale Sprecher darauf hin, dass die verbreitete Skepsis bezüglich der Atomenergie unter anderem auf die Erinnerung an die amerikanischen Atombomben über japanische Städte und die nukleare Erpressung des Imperialismus zurückzuführen sei. Demgegenüber sei es der Sowjetunion gelungen, die Aufmerksamkeit auf die Verwendung der Kernkraft für den Frieden zu konzentrieren.

Ferner erläuterte Justizminister Imre Markoja, dass die Atomangst im Westen auch zu Zwecken der politischen Machination geschürt werde; dank dieser Mache habe man seinerzeit in Schweden die Regierung Palme gestürzt.

Haushaltmüll soll in der DDR in verstärktem Masse zur Rohstoffgewinnung genutzt werden. Laut «Presse-Information» (Ostberlin, Nr. 21/1980) arbeitet das Dresdner Institut für Kommunalwirtschaft intensiv an Verfahren, mit denen wertvolle Stoffe aus Siedlungsabfällen zurückgewonnen und verwertet werden können. Das betrifft insbesondere Schrott, Papier, Glas sowie organische Substanzen, die für die Kompostierung oder für eine energetische Verwertung eingesetzt werden können. Allerdings sei die Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen aus Müll in jedem Fall «sehr aufwendig». Deshalb müssten alle Möglichkeiten genutzt werden, Schrott, Behälterglas, Papier und Küchenabfälle getrennt zu erfassen.

Briefe

Mein Polisario-Offizier aus Debrecen

Ich komme soeben aus Algier und stelle fest, dass die Agenturmeldungen über den Kampf der Polisario-«Befreiungsarmee» gegen Marokko nur bedingt wahr sind.

Die Erfolge der Polisario im Raume Assa gegen die marokkanische Armee können der Wahrheit entsprechen.

Was der Wahrheit nicht entspricht, ist der Begriff der «Saharaischen Befreiungsarmee». Sie wird nicht viele Saharai umfassen, also Bewohner der ehemaligen spanischen Provinz Sahara.

Die Polisario ist eine moderne Fremdenlegion. Söldner aus der ganzen Welt, vorab aus den sowjetisch dominierten Staaten Osteuropas, Afrikas und Mittelamerikas.

Die Polisario-Armee ist mit modernen Waffen ausgerüstet und wird von vorzüglich ausgebildeten Offizieren geführt. Aber nicht von Saharai-Offizieren. Die Ausbildungszentren befinden sich in Algier, z. T. in den ehemaligen Kasernen der französischen Fremdenlegion.

Wir konnten in Tlemcen, Sidi Bel Abbes und andern Orten keine Hotels beziehen; sie waren von hohen Polisario-Offizieren belegt. Die Herren zeigten sich von meinen Kenntnissen der Oststaaten freudig überrascht; ich fühle noch die Umarmung und den «Bruderkuss» des Chefs. Er stammt aus Debrecen. G. G.

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.203, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr./DM 23.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)

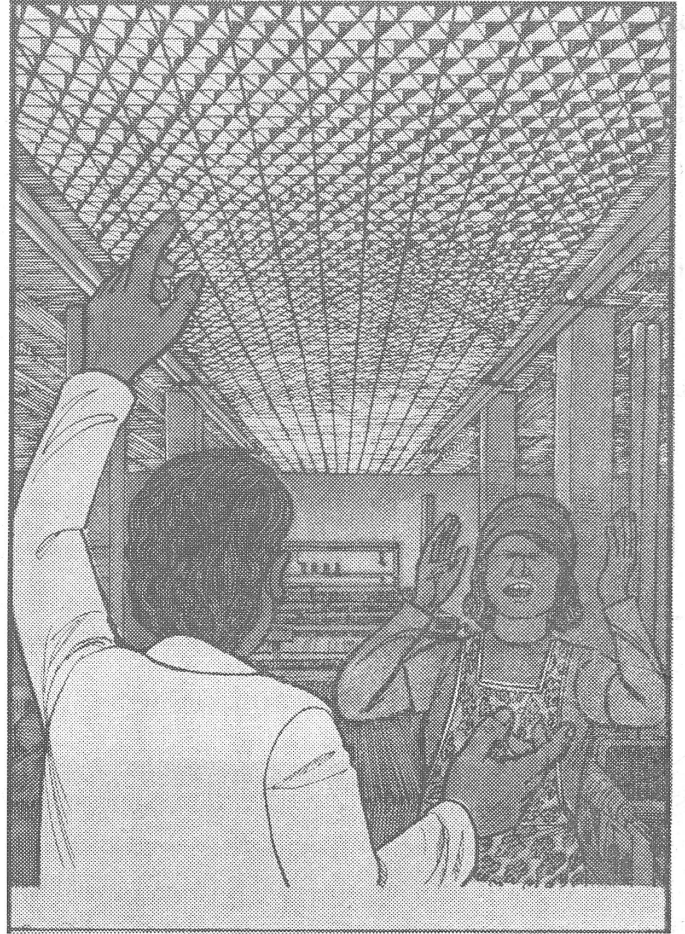
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

«Eulenspiegel», Ostberlin
Nr. 11/80

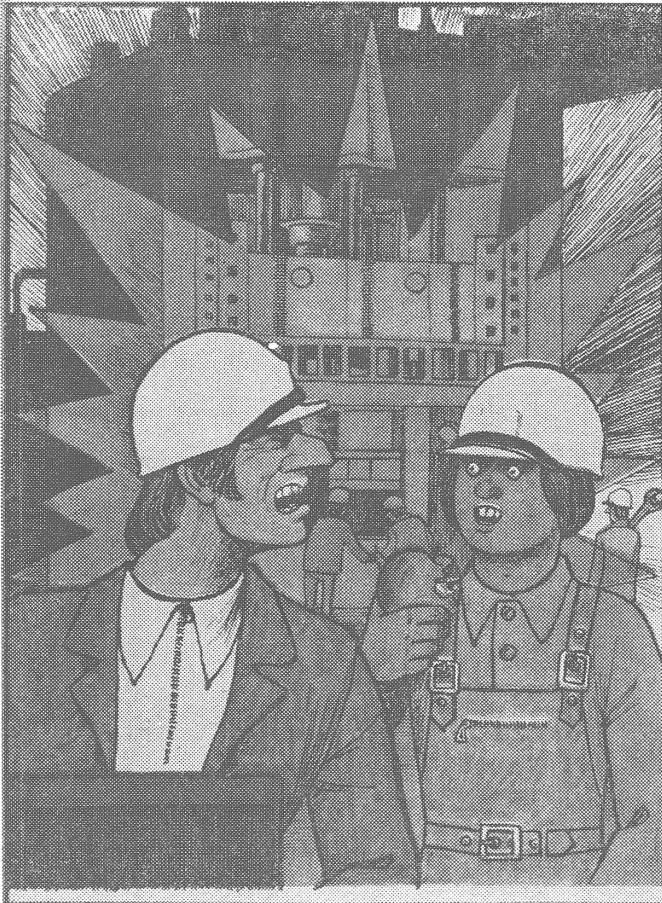
Gelärmt ist gelärmt



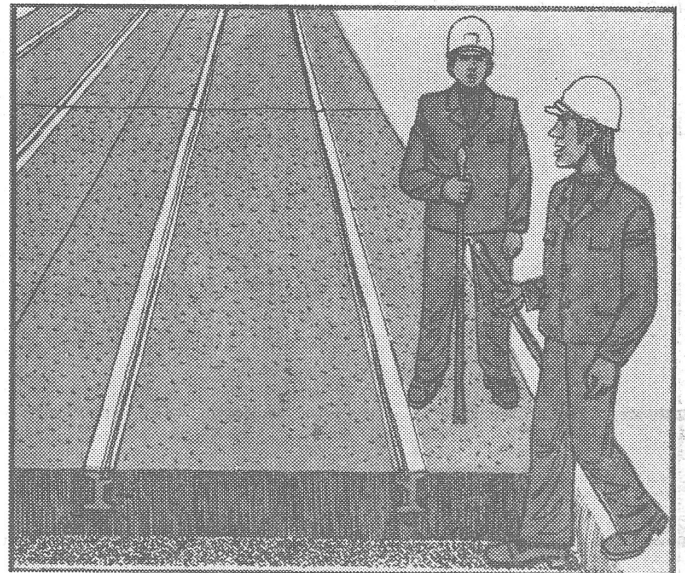
«Klimaanlage: Wenn's warm ist, wärmt sie, wenn's kalt ist, kühlt sie –
bloss Krach macht sie immer.»



«Schallschluckende Decke. Kost zwanzigtausend.» – «Ja, ja, hübsches
Muster. Wenn bloss die Webstühle bisschen leiser wärn.»



«Ich sagte: Schmatz nicht so!»



«Schiengrossraumverbundplatte: das klingt!» – «Musste erst mal hörn,
wenn'ne Strassenbahn drüberfährt.»